

„Zünden das Rathaus an“

Die Allgemeinverfügung, die die Brenntage erlaubt, könnte der Bürgermeister ganz allein mit einem Federstrich aufheben: eine Unterschrift – und das war es dann mit verqualmten Straßen und Wohngebieten. Aber Oliver Schäfer möchte den schwarzen Peter nicht allein in der Hand halten und lässt daher die Politik mitbestimmen. Im Ausschuss für Feuerwehr und Ordnungswesen ist er mit seinem Abschaffungs-Antrag vorgestern gescheitert.

Obernkirchen. Die CDU/WGO-Gruppe stimmte gegen die Abschaffung, ein paar Minuten später stimmte dann die SPD gemeinsam mit Grüne/WIR gegen den Kompromissvorschlag von CDU/WGO, der drei Brenntage im Frühling und Herbst sowie reduzierte Brennzeiten vorgesehen hatte. Immerhin: Die Politiker hatten eine Meinung zu den Brenntagen. Denn das Thema werde – wie von der Politik vor mehr als einem halben Jahr gewünscht – seit dieser Zeit in den Fraktionen und Gruppen beraten, seit der Vorschlag auf dem Tisch liegt, erklärte Schäfer anfangs: „Resonanz ist nicht vorhanden.“ Post habe er nur von Bürgern bekommen, die gesundheitlich eingeschränkt seien und die Abschaffung daher begrüßen. Auch der Ortsbürgermeister aus Gelldorf habe sich gemeldet und gebeten, dass das Thema auch in den Ortsräten beraten wird. Für Schäfer kein Problem, aber bis zum 23. September sollten die Beratungen abgeschlossen sein: Bis dahin sollte eine für Obernkirchen akzeptable Lösung gefunden sein. Für die CDU/WGO warf sich Martin Schulze-Elvert an die Argumentationsfront. Nicht alle Bürger seien mobil oder hätten gar einen Anhänger, mit dem der Grünschnitt zur Kompostierungsanlage gefahren werden könne – ganz abgesehen vom CO₂, das dabei freigesetzt werde. Die Verwaltung sollte daher die Mitbürger, die sich nicht an die Regeln halten, ansprechen. Man müsse den Einzelfall betrachten, plädierte er. Thomas Mittmann verwies für die SPD auf den Bauhof, der nach der Abschaffung bei den Bürgern den Grünabfall auf Anforderung abholen könne. Schulze-Elvert widersprach: Da der Bauhof nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werde, müsse man dann den normalen Stundensatz eines Mitarbeiters ansetzen. Würde dann die Rechnung kommen, „dann zünden die uns das Rathaus an und werfen ihren Grünschnitt oben drauf“. Dirk Rodenbeck (CDU) plädierte für eine differenzierte Betrachtung von Stadt und Ortsteilen: Vielleicht könne man die Verfügung über die Metergrenzen so gestalten, dass in der Stadt selbst nicht mehr gebrannt werden könne. Andreas Grote vom Ordnungsamt der Stadt nahm die verbale Steilvorlage gerne auf: „Nein, man macht regelmäßig Geschwindigkeitskontrollen.“ Rodenbeck verwies mehrmals auf die großen Entsorgungsprobleme, die auf die Eigentümer größerer Grundstücke bei einer Abschaffung zukommen würden. Andreas Grote ließ keinen Zweifel aufkommen, dass das Ordnungsamt mit der Überwachung der Feuer – es sind stets um die 100 – überfordert wäre – zusätzlich zu den anderen Aufgaben wäre das nicht möglich. Zumal sich viele Brenner als unbelehrbare Zeitgenossen erwiesen hätten, die auch auf mehrmalige Hinweise nicht reagiert hätten: „Und Abstände hält keiner ein.“ Wenn Brenntag sei, dann werde gebrannt – „völlig egal, ob der Grünschnitt nass ist oder noch Schnee drauf liegt“. Da weder Verwaltungsvorschlag noch der Kompromiss eine Mehrheit erhielt – beide Abstimmungen gingen 4:4 aus – kommt das Thema jetzt in den Verwaltungsausschuss und von dort in den Stadtrat. Darauf wetten, dass Schäfer bis dahin keine Mehrheit gefunden hat, wird wohl niemand. rnk